

# UNSERE HANDSCHRIFT

## DIE ZEHN ZIELE DES PARTEIKONVENTS – UND WAS WIR GESCHAFFT HABEN

20. OKTOBER 2013: DAS HAT DER  
**PARTEIKONVENT** BESCHLOSSEN

27. NOVEMBER 2013: DAS STEHT IM  
**KOALITIONSVERTRAG**

1. Wir wollen, dass sich in Deutschland Arbeit wieder für alle lohnt. Wir wollen deshalb gerechte Löhne für gute Arbeit. Dazu zählt u.a. die Einführung eines **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn** in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde (in Ost und West), die wirksame **Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit und sogenannter „Werkverträge“**, sowie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.

Der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro kommt zum 1. Januar 2015. Überall, in Ost und West. Die weitere Entwicklung des Mindestlohns legt eine Kommission der Tarifpartner fest.

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz wird für alle Branchen geöffnet. So können überall tariflich vereinbarte Branchenmindestlöhne durchgesetzt werden.

Tarifverträge können zukünftig für allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. Sie gelten dann für die gesamte Branche.

Der Missbrauch von Werkverträgen wird eingedämmt. Die Betriebsräte bekommen hier mehr Rechte.

Die Leiharbeit wird gerecht geregelt. Zukünftig gilt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Leiharbeit und Stammbesetzung spätestens nach 9 Monaten. Leiharbeit darf keine Dauerlösung sein. Sie wird auf maximal 18 Monate begrenzt.

Wir schaffen einen Anspruch auf befristete Teilzeitarbeit mit einem Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit.



UNSERE HANDSCHRIFT

20. OKTOBER 2013: DAS HAT DER  
**PARTEIKONVENT** BESCHLOSSEN

2. Wir wollen **Altersarmut dauerhaft verhindern**. Nach einem langen Arbeitsleben (45 Jahre) muss eine gute Rente ohne Abzüge stehen. Wir wollen die Absicherung erwerbsgeminderter Menschen verbessern. Wir wollen eine Angleichung der Rentensysteme in Ost- und Westdeutschland.

27. NOVEMBER 2013: DAS STEHT IM  
**KOALITIONSVERTRAG**

Wer 45 Jahre Beiträge in die Rentenkasse (mit Zeiten der Arbeitslosigkeit) eingezahlt hat, wird ab dem 1. Juli 2014 schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können. Für Ältere beginnt der Ausstieg mit 63 Jahren, für Jüngere mit 64 bzw. 65 Jahren.

Wer nicht mehr arbeiten kann, wird durch eine gute Erwerbsminderungsrente abgesichert sein.

Wer immer gearbeitet hat, wird mehr Rente als nur die Grundsicherung bekommen – auch, wenn der Lohn nur gering war und wenig in die Rentenkasse eingezahlt wurde. Dafür kommt die solidarische Lebensleistungsrente: mit rund 850 Euro. Dies kommt vor allem Geringverdienern zugute und Menschen, die Angehörige gepflegt oder Kinder erzo-gen haben.

Auch die Angleichung der Renten in Ost und West kommt. Spätestens 2019 erfolgt die vollständige Angleichung der Rentenwerte.

Einig sind wir uns mit der Union auch bei der sogenannten Mütterrente. Ab dem 1. Juli 2014 werden Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, in der Rente bessergestellt.



UNSERE HANDSCHRIFT

20. OKTOBER 2013: DAS HAT DER  
**PARTEIKONVENT** BESCHLOSSEN

27. NOVEMBER 2013: DAS STEHT IM  
**KOALITIONSVERTRAG**

- 3.** Wir wollen **umfassende Verbesserungen bei der Pflege** erreichen. Wir wollen die Pflegebedürftigkeit besser anerkennen, um die Situation der Pflegebedürftigen, von Angehörigen und Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern. Wir wollen zusätzliche Anstrengungen unternehmen um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Um diese Ziele zu erreichen wollen wir den Beitrag zur Pflegeversicherung anheben

Mit einer Termingarantie für gesetzlich Versicherte werden wir die Wartezeit auf einen Arzttermin für viele deutlich verkürzen. Bei einer Überweisung an einen Facharzt werden sie künftig innerhalb einer Woche einen Behandlungstermin bekommen. Nach einer Wartezeit von vier Wochen wird ein Termin zur ambulanten Behandlung in einem Krankenhaus angeboten.

Die Kopfpauschale ist weg. Es wird keine pauschalen Zusatzbeiträge bei den gesetzlichen Krankenkassen mehr geben, sondern nur noch als prozentualer Satz vom beitragspflichtigen Einkommen. Das heißt: wer mehr verdient, zahlt auch höhere Zusatzbeiträge.

Die zehntägige Auszeit für Angehörige in der Pflege, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, werden wir mit einer Lohnersatzleistung analog dem Kinderkrankengeld koppeln.

Wir werden den Beitragssatz um 0,5 Prozentpunkte erhöhen, um kurzfristig die Leistungen der Pflegeversicherung zu verbessern und durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff die Qualität im Pflegebereich zu verbessern. Für die bessere Pflege und mehr Pflegekräfte investieren wir zusätzlich 4 Milliarden Euro.



UNSERE HANDSCHRIFT

20. OKTOBER 2013: DAS HAT DER  
**PARTEIKONVENT** BESCHLOSSEN

4. Die **Gleichstellung von Frauen und Männern** in allen Bereichen wollen wir verbessern. Dazu wollen wir u.a. den Grundsatz „gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit“ auch zwischen Frauen und Männern durchsetzen. Außerdem wollen wir durch verbindliche Regelungen für mehr Frauen in Führungspositionen sorgen.

Moderne Gesellschaftspolitik muss die alten Rollenmuster überwinden und die Vereinbarkeit von familiärer Sorge und Beruf verbessern. Das unterscheidet unseren Weg von dem falschen Pfad, den die Bundesregierung mit dem Betreuungsgeld eingeschlagen hat. Wir wollen auch die Situation von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften verbessern.

27. NOVEMBER 2013: DAS STEHT IM  
**KOALITIONSVERTRAG**

Wir werden die 36 Monate Elternzeit flexibler gestalten. Dazu sollen auch ohne die Zustimmung des Arbeitgebers nach angemessener vorheriger Anmeldung zukünftig 24 statt 12 Monate zwischen dem 3. bis 8. Lebensjahr des Kindes von Müttern und Vätern in Anspruch genommen werden können.

Mit einem „ElterngeldPlus“ wollen wir Eltern für die Dauer von bis zu 28 Monaten die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes in Kombination mit einer nicht geringfügigen Teilzeittätigkeit ermöglichen. Dabei werden wir einen Partnerschaftsbonus für alle Elterngeldbeziehenden, die beide parallel 25 bis 30 Wochenstunden arbeiten.

Wir werden Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten großer Unternehmen gesetzlich einführen. Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen sollen eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent aufweisen.

Wir werden ein Entgeltgleichheitsgesetz einführen, um das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ für Frauen und Männer besser zur Geltung zu bringen.

Aus einer zeitlich befristeten Teilzeitbeschäftigung soll man wieder zur früheren Arbeitszeit zurückkehren können. Wir werden das Teilzeitrecht weiterentwickeln und einen Anspruch auf befristete Teilzeitarbeit schaffen (Rückkehrrecht).



UNSERE HANDSCHRIFT

20. OKTOBER 2013: DAS HAT DER  
**PARTEIKONVENT** BESCHLOSSEN

5. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt gehört auch die **gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer** in unserer Gesellschaft. Deutschlands Kinder sollen auch deutsche Staatsbürger bleiben, deshalb wollen wir den Optionszwang abschaffen und Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung ermöglichen. Und wir wollen Verbesserungen für Flüchtlinge erreichen.

27. NOVEMBER 2013: DAS STEHT IM  
**KOALITIONSVERTRAG**

Ein Schwerpunkt wird sein, deutlich mehr jungen Migrantinnen und Migranten für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu gewinnen. Ab dem Jahr 2014 werden wir in Bundesministerien und Geschäftsbereichsbehörden auf freiwilliger Grundlage den Anteil von Migrantinnen und Migranten anhand einheitlicher Standards erheben.

Die räumliche Beschränkung (sogenannte Residenzpflicht), für Asylbewerber und Geduldete wird auf das jeweilige Land ausgeweitet.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird für Asylbewerber und Geduldete nach drei Monaten geöffnet. Asylbewerbern und Geduldeten werden wir in Zusammenarbeit mit den Ländern den frühen Spracherwerb ermöglichen.

Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang. Sie müssen sich nicht mehr zwischen zwei Staatsbürgerschaften entscheiden, sondern können die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten.



UNSERE HANDSCHRIFT

20. OKTOBER 2013: DAS HAT DER  
**PARTEIKONVENT** BESCHLOSSEN

6. Wir wollen die **Kommunen finanziell stärken** und von Kosten sozialer Leistungen nachhaltig entlasten, u.a. durch ein Bundesteilhabegesetz bei der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Zudem wollen wir Verbesserungen beim Mieterschutz und für bezahlbare Mieten erreichen.

27. NOVEMBER 2013: DAS STEHT IM  
**KOALITIONSVERTRAG**

Die Gewerbesteuer bleibt als wichtige Einnahmequelle der Kommunen unverändert erhalten.

Wir werden ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) erarbeiten. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der Bund zu einer jährlichen Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe in Höhe von 5 Milliarden Euro beitragen. Bereits vor Verabschiedung des Gesetzes werden die Kommunen mit einer Milliarden Euro finanziell entlastet.

Das Erfolgsmodell Städtebauförderung stellen wir zusätzlich 600 Millionen Euro zur Verfügung. Das Programm „Soziale Stadt“ wird gestärkt.

Zur Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen werden die Länder in Höhe von sechs Milliarden Euro entlastet. Sollten die veranschlagten Mittel für die Kinderbetreuung für den Aufwuchs nicht ausreichen, werden sie entsprechend des erkennbaren Bedarfs aufgestockt.

Vor allem im Interesse der alleinerziehenden und berufstätigen Eltern wollen wir die Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen schrittweise ausbauen.

Bund und Länder werden zur weiteren Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für unter 3-jährige ein drittes Investitionsprogramm auflegen.



UNSERE HANDSCHRIFT

20. OKTOBER 2013: DAS HAT DER  
**PARTEIKONVENT** BESCHLOSSEN

7. Zu einer starken Wirtschaft gehört eine **starke Infrastruktur**. Wir werden zusätzliche Anstrengungen unternehmen, sie zu erhalten und auszubauen. Privatisierungen halten wir dabei für den falschen Weg. Wir wollen die Energiewende zu einem ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Erfolg führen.

27. NOVEMBER 2013: DAS STEHT IM  
**KOALITIONSVERTRAG**

Für die notwendigen Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur werden wir 5 Milliarden Euro bereitstellen.

Die Bahn AG wird als integrierter Konzern erhalten. Es wird keine Bahnprivatisierung geben.

Bis 2018 soll es in ganz Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung beim mit schnellem Internet geben.

Wir werden das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) schnell reformieren. Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien erfolgt nach einem Ausbaukorridor: 40-45% im Jahre 2025, 55-60% im Jahr 2035. Die Ausbauziele werden so erreicht und die Kosten bleiben im Rahmen.

National wollen wir die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand 1990 reduzieren, bis 2050 weitere Reduktionsschritte von 80 bis 95 Prozent.

Wir werden 2014 zum ersten Mal einen Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz erarbeiten und beschließen.

Bis zum Jahr 2050 soll der Gebäudebestand nahezu klimaneutral sein.

Das sogenannte „Fracking“ mit umweltschädlichen Substanzen zur Erdgasgewinnung wird es in Deutschland nicht geben.



UNSERE HANDSCHRIFT

20. OKTOBER 2013: DAS HAT DER  
**PARTEIKONVENT** BESCHLOSSEN

27. NOVEMBER 2013: DAS STEHT IM  
**KOALITIONSVERTRAG**

**8. Bildung, Ausbildung und Wissenschaft** sind für Deutschland im 21. Jahrhundert die wichtigsten Voraussetzungen, um Wohlstand und sozialen Zusammenhalt zu sichern. Sie sind auch entscheidend um den Fachkräftebedarf der Zukunft sicher zu stellen. Wir wollen daher unser Bildungssystem stärken und mehr Chancengleichheit erreichen.

Im schulischen und vorschulischen Bereich soll das Bildungssystem so gestaltet werden, dass individuelle Förderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Verstärkte Investitionen in Schulen, Hochschulen und Wissenschaft sollen die Qualität von Bildung, Lehre und Forschung gleichermaßen sichern. Dazu bedarf es neuer Formen der Kooperation für Schulen und Hochschulen im Grundgesetz.

Zur Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen werden die Länder in Höhe von sechs Milliarden Euro entlastet. Sollten die veranschlagten Mittel für die Kinderbetreuung für den Aufwuchs nicht ausreichen, werden sie entsprechend des erkennbaren Bedarfs aufgestockt.

Vor allem im Interesse der alleinerziehenden und berufstätigen Eltern wollen wir die Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen schrittweise ausbauen.

Bund und Länder werden zur weiteren Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für unter 3jährige ein drittes Investitionsprogramm auflegen.

Wir wollen allen jungen Menschen Zugang zu einer Ausbildung ermöglichen. Deshalb sollen junge Menschen entsprechende Beratung am Übergang Schule-Beruf erhalten (2. Chance, Kompetenzagenturen).





UNSERE HANDSCHRIFT

20. OKTOBER 2013: DAS HAT DER  
**PARTEIKONVENT** BESCHLOSSEN

27. NOVEMBER 2013: DAS STEHT IM  
**KOALITIONSVERTRAG**

**9. Finanzmärkte** wollen wir wirksam regulieren. Um die Finanzmärkte an der Bewältigung öffentlicher Aufgaben und der Krisenkosten zu beteiligen, wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen. Steuerbetrug wollen wir stärker bekämpfen, denn dieses Geld fehlt unserer Gesellschaft für wichtige Aufgaben.

Dazu gehört auch die Beachtung unserer internationalen Verpflichtungen im Bereich Entwicklung und Klimaschutz.

Um Transparenz bei der Feststellung von Managergehältern herzustellen, wird über die Vorstandsvergütung künftig die Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats entscheiden.

Die neue Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass in Europa die spekulativen Investmentbanken von dem klassischen Geschäftsbankengeschäft strikter getrennt werden.

Wir werden Maßnahmen ergreifen, um die Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln einzudämmen.

Mit einer Finanztransaktionssteuer werden wir Spekulationsgeschäfte in Europa endlich besteuern. Sie wird nahezu alle Finanzspekulationen erfassen.

Wir werden den Kampf gegen Gewinnverlagerungen von Unternehmen ins Ausland entschlossen vorantreiben, uns für umfassende Transparenz zwischen den Steuerverwaltungen einsetzen und gegen schädlichen Steuerwettbewerb vorgehen.

Wir werden auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene konsequent gegen Steuervermeidung durch Nutzung von Offshore-Finanzplätzen vorgehen.

.



UNSERE HANDSCHRIFT

20. OKTOBER 2013: DAS HAT DER  
**PARTEIKONVENT** BESCHLOSSEN

27. NOVEMBER 2013: DAS STEHT IM  
**KOALITIONSVERTRAG**

**10.** Wir wollen **Wachstum und Beschäftigung in Europa** sichern und stärken. Dies wird nur gelingen, wenn alle Staaten der EU und besonders innerhalb der Eurozone eine nachhaltige Wachstumsstrategie mit einer nachhaltigen Finanzpolitik verbinden. Den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit auf europäischer Ebene werden wir verstärken. Wir wollen die EU handlungsfähiger machen und ihre Strukturen durch Demokratisierung stärken. Wir brauchen in Deutschland und in der EU verbindliche und restriktive Regeln für den Rüstungsexport und neue Initiativen bei der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik.

Damit Europa dauerhaft einen Weg aus der Krise findet, brauchen mehr als Strukturreformen für Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltskonsolidierung. Sie müssen mit Zukunftsinvestitionen in Wachstum und Beschäftigung in sozial ausgewogener Weise verbunden werden.

Ziel beim weiteren europäischen Krisenmanagement muss es sein, sicherzustellen, dass künftig in erster Linie die Banken selbst für ihre Risiken haften und nicht die Steuerzahler.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird deshalb eine Priorität unserer Politik in Europa sein. Wir werden bei der Umsetzung der vereinbarten Jugendgarantie mit gutem Beispiel vorangehen.

Die europäische Entsenderichtlinie wollen wir so verändern, dass in ganz Europa gilt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.